

Heute vor 35 Jahren



12. 11. 1978: Demonstration gegen AKW Gösigen. Der Publizist und Zukunftsforscher Robert Jungk (1913–1994), Autor des berühmten Buches «Heller als tausend Sonnen» (1956) und von «Zukunft zwischen Angst und Hoffnung» (1990), spricht in Gösigen bei einer Protestaktion gegen die Inbetriebnahme des AKW. Foto Keystone

Briefe

Frauen zurück an den Herd?

Familien-Initiative (Abstimmung am 24. November 2013); BaZ diverse

Seit Jahren unternehmen wir grosse finanzielle Bemühungen, Frauen gleichzustellen und nach der Babypause mittels Krippenplätzen das Zurückkommen in die Berufswelt zu ermöglichen. Dies als mögliches Mittel, die hoch qualifizierten Mütter, deren Ausbildung unser System einiges gekostet hat, im Markt zu halten. Die Familien-Initiative der SVP für Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, klingt auf den ersten Blick sehr gut. Familien sollen gefördert werden. Wer könnte da schon etwas dagegen haben?

Auf den zweiten Blick fällt jedoch auf, dass die Hälfte der Familien gar nicht in den Genuss dieses Steuerabzuges kommt. Alle Arbeiterfamilien mit mehreren Kindern bezahlen ja bereits heute keine Bundessteuer und sind somit auch entlastet. Den geforderten Steuerabzug erhalten nur Familien mit hohem Einkommen, und er verursacht nebenbei ein Loch in der Bundeskasse von gegen 1,4 Milliarden Franken – je nach Betrachtungsweise «es bitzli meh» oder weniger. Sieht denn so die Entlastungspolitik für Familien aus?

Die Familien-Initiative der SVP ist eine Mogelpackung, eine versteckte Steuersenkungsinitiative, sie zementiert das traditionelle Familienbild (das es heute so fast nicht mehr gibt) und hält Frauen von der Erwerbsarbeit fern. Deshalb werde ich die Familien-Initiative ablehnen und Nein stimmen.

Stefan Zemp, Sissach, Landrat, SP

Aus der falschen Ecke

Ist es nicht immer wieder spannend, wie sich Parteien via Medien kurz vor Abstimmungen breit bemerkbar machen? Für mich persönlich ist das immer eine sehr spannende Zeit, verbunden mit viel Schmunzeln. Schmunzeln darum, weil ich stets wieder feststellen muss, dass Kampagnen gefahren werden, die oft nichts mit Sachpolitik zu tun haben. Für mich hat die Politik immer noch die Aufgabe, Sachpolitik zu betreiben, und dies zum Wohle unseres Landes und der Gerechtigkeit. Es darf nicht sein, dass Politiker nicht mehr die Sache vor Augen haben, sondern Eigeninteresse anmelden. Wie viel ist Ihnen persönlich die Familie wert? Ist es nicht

so, dass die Familie der Grundstein unserer Gesellschaft ist, zu der wir mehr denn je Sorge tragen müssen? Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern jeder Einzelne in unserer Gesellschaft.

Umso mehr wundert es mich, dass es in unserem Lande Parteien gibt, die meinen, die Familienpolitik für sich alleine in Anspruch nehmen zu können. Es ist für mich nur schlecht nachvollziehbar, dass Stimmen laut werden, die gegen die Familien-Initiative der SVP sprechen, die krampfhaft versuchen, die Initiative mit fadenscheinigen, unbegründeten Argumenten schlechtzureden. Ich werde den Gedanken nicht los, dass manche Parteien die Initiative nicht unterstützen, weil sie offensichtlich aus der falschen Ecke kommt.

Ich bin überzeugt, dass die Initiative zum Wohle der Familien ein Schritt in die richtige Richtung der vielfältigen Familienmodelle ist. So beheben wir eine Ungerechtigkeit, die im Parlament 2009 eingeführt wurde, indem nur Familien, die ihre Kinder in die Fremdbetreuung übergeben, bei der direkten Bundessteuer 10 100 Franken abziehen dürfen. Es ist im Sinne unserer Familien, dies zu korrigieren mit einem Ja.

Caroline Mall, Reinach, Landrätin, SVP

Nur reichere Familien werden entlastet

Als Sozialdemokratin und Familienpolitikerin bin ich in der Regel zuvorderst dabei, wenn es darum geht, Familien zu unterstützen. Jetzt, bei der Familien-Initiative der SVP bin ich entschieden dagegen. Diese sogenannte Familien-Initiative entlastet nur die reicheren Familien, die ihre Kinder selbst betreuen. Die ärmeren 50 Prozent bezahlen nämlich gar keine Bundessteuer und können daher nicht von den Auswirkungen dieser vorgeschlagenen Steuerentlastung profitieren.

Folgekosten für Bund, Kantone und Gemeinden hingegen wären unschön, geschätzte rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr würden fehlen; dieses Geld müsste irgendwo entweder neu eingenommen oder gespart werden.

Zudem ist es prinzipiell stossend, dass über Steuerabzüge, mit der Giesskanne ausgeschüttet, Unterstützung gewährt werden soll. Besser ist, Familien über gezielte Zulagen zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die möglichst allen Familien zugutekommen. Die unterschiedlichen Betreuungsmodelle sollen gesellschaftlich akzeptiert, bewusste Familienpolitik soll

gezielt gefördert werden. Daher – und wie von Männer- und Frauenorganisationen unterstützt – ein klares Nein zu dieser verhängnisvollen Initiative.

Brigitte Rüedin, Rheinfelden, Stadträtin, SP

Etikettenschwindel mit Steuereinbusse

Was so toll tönt – Familien entlasten zu wollen –, ist ein grosser Etikettenschwindel, bei dem es nur wenige Gewinner und ganz viele Verlierer gäbe. Beim Ja müsste mit einer Steuereinbusse von über einer Milliarde Franken gerechnet werden, in Basel-Stadt mit etwa 75 Millionen. Damit setzen wir Tagesstrukturen, Krippenplätze und Mittagstische aufs Spiel. Würde die Initiative gemäss SVP kostenneutral umgesetzt, könnten Familien in Basel für die Betreuungskosten jährlich nur noch etwa 900 Franken geltend machen.

Erwerbsarbeit von Müttern lohnt sich so kaum noch, der Lohn wird sowieso von den hohen Betreuungskosten und den Steuern arg geschmälert, und die kleine Entlastung bei den Steuern fällt dann auch noch weg. Wollte die SVP wirklich Familien entlasten, wäre die Partei endlich für höhere Kinderzulagen, für den Ausbau zahlbarer Tagesbetreuungsplätze und Ergänzungsleistungen für armutsbetroffene Familien.

Franziska Roth, Riehen

Ein Familienmodell wird diskriminiert

Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, sollten belohnt werden. Da das Gegenteil der Fall ist, sie sogar steuerlich diskriminiert werden, ist die Familien-Initiative der richtige Weg, wieder gleich lange Spiesse für alle Familien mit Kindern zu erreichen. Eltern, die für die selbst auf die Welt gestellten Kinder selber die Erziehungsarbeit übernehmen oder eine Lösung im privaten Umfeld, etwa mit der Betreuung durch Grosseltern oder Nachbarn finden, bezahlen heute schon einen Teil der grösstenteils stark subventionierten Krippenpolitik, welche sie selber nicht beanspruchen.

Kindererziehung ist aber kein Notfall, für den der Staat einspringen muss, sondern eine ehrbare und in die Zukunft gerichtete Aufgabe. Die heute leider vorherrschende Diskriminierung eines Familienmodells durch den Staat muss verhindert werden. Darum sage ich überzeugt Ja zur Familien-Initiative.

Marco Born, Sissach, Landrat, FDP

Der Regierung fehlt die Kompetenz

Bau des Claraturms/Warteck-Häuser und die Denkmalschutzdebatte (Kantonale Abstimmung Basel-Stadt am 24. November 2013); BaZ diverse

Dies ist eine Bemerkung zur Denkmalschutzwürdigkeit des Warteck-Ensembles, der Häuserzeile an der Ecke Messeplatz/Riehenring in Basel, die abgerissen werden sollen: Im Jahre 2005 beantragte der Denkmalrat die Eintragung der Baugruppe Riehenring Nr. 63 bis 71 in das kantonale Denkmalverzeichnis. Der Regierungsrat beschloss im April 2007 unter dem Aspekt der fehlenden Hochrangigkeit der betroffenen Liegenschaften, diese nicht ins Denkmalverzeichnis aufzunehmen. Ehrlicher wäre gewesen: «Im Interesse der Grundeigentümerin, der Warteck Invest AG».

Es war die verwaltungseigene Denkmalpflege, welche die Unterschutzstellung beantragte und die noch heute von der Denkmalschutzwürdigkeit der Bauten überzeugt ist. Das heisst, es war ein politischer Entscheid, fehlt der Regierung doch die fachliche Kompetenz für eine Beurteilung nach der «Hochrangigkeit» eines solchen Objekts.

Roland Zaugg, Basel, Stadtplaner

Überzeugendes Projekt mit Weitsicht

Der geplante Claraturm am Messeplatz passt bestens in die Strategie des Kantons Basel-Stadt, an einzelnen, ausgewählten Örtlichkeiten in die Höhe zu bauen. Hierfür gibt es seit einiger Zeit auch ein Hochbaukonzept. Wichtig dabei ist freilich, dass solche Projekte auch mit der nötigen Sorgfalt und mit entsprechenden ästhetischen Ansprüchen umgesetzt werden. Das Projekt von Morger & Dettli, das bereits 2007 eine Studie gewann, erfüllt diese Bedingungen: Der Wohnturm, der Platz für 170 Mietparteien (Wohnungen) bietet, passt sehr gut zur neuen Ausgestaltung des Messeplatzes.

Und hier soll ja nicht «Kleinhattant» entstehen, sondern nur ein Wohnturm, der übrigens etwas weniger hoch werden wird als der Messeturm.

Die Pläne für diesen Neubau überzeugen auf der ganzen Linie. Deshalb sollten alle Stimmberechtigten in Basel-Stadt, die lebendiges Wohnen mit Weitsicht schätzen, Ja zum Claraturm sagen.

Patricia von Falkenstein, Basel, Grossrätin, LDP

Einspruch Kuhhandel ohne Ertrag für Autofahrer

Von Christian Greif

Es ist schon sehr erstaunlich, wie viele Kantonsvertreter sich für eine Erhöhung des Preises für die Autobahnvignetten starkmachen, obschon diese ansonsten bei jeder sich bietenden Gelegenheit neue Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr bekämpfen («Beide Basel für teure Vignette/Politiker machen Druck für ein Ja», BaZ 5. 11. 2013).

Diese Einigkeit im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. November 2013 hat einen eigenartigen Grund: Weil die Kantone im Rahmen des Netzbeschlusses dem Bund Betrieb und Unterhalt von Strassen abtreten können, sparen sie Millionenbeträge, im Falle des Kantons Basel-Landschaft infolge Abtretung der H18 und der H2 im zweistelligen Bereich.

Nur: Was haben die motorisierten Verkehrsteilnehmenden – ausser zusätzlichen Kosten – von diesem Kuhhandel? Etwa günstigere Motorfahrzeugsteuern? Oder weniger Staus und weniger Behinderungen dank neuer Strassen in der Region? Mitnichten. In den nächsten zehn Jahren ist in den beiden Basel ausser Strassenrückbau-Projekten – Baslerstrasse in Allschwil, Morgarten- und Luzernerring, Burgfelder- und Grenzacherstrasse in Basel, Lörracherstrasse in Riehen – nichts dergleichen geplant.

Bereits heute alimentiert der Strassenverkehr den Staat alljährlich mit rund zwölf Milliarden Franken. Nur knapp ein Drittel davon, nämlich die Einnahmen aus der Autobahnvignette (350 Millionen Franken), die Hälfte der Mineralölsteuer (1,5 Milliarden Franken) sowie des Mineralölsteuerszuschlages (zwei Milliarden Franken) fliessen in die Strassenkasse respektive in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr, wie der Topf in Bundesdeutsch heisst.

Allerdings kommen nicht die gesamten 3,9 Milliarden Franken der Strasse zugute: Bis zu eine Milliarde Franken wird für die Schiene verwendet, insbesondere für die Neat, für den Autoverlad, den kombinierten Verkehr oder auch die Schieneninfrastruktur in Städten und Agglomerationen.

Es müsste mehr Kostenwahrheit gelten. Dann wäre die Vignettenpreiserhöhung nicht notwendig.

Genau diese Quersubventionierung – respektive die Zweckentfremdung der Strassengelder – ist aber ursächlich dafür, dass der Bund den Autobahnvignettenpreis um das Eineinhalbfache erhöhen will.

Tatsächlich müsste nur etwas mehr Kostenwahrheit gelten. Dann wäre die Vignetten-Preiserhöhung gar nicht notwendig. Den besten Weg, wie wir dazu kommen, stellt die Milchkuh-Initiative dar, welche eine solide Strassenfinanzierung mit Weitsicht und Vernunft verlangt. Diese ist unterstützungswürdig. Nicht aber die unredliche Vignetten-Preiserhöhung.

Christian Greif, Muttens, ist Geschäftsführer ACS beider Basel.

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbrief, 4010 Basel